



Medienmitteilung

Basel, 9. September 2026

Kleinbasel unter Druck: Unterstützung für SIP-Dienst und Gesamtkonzept im öffentlichen Raum

Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Einführung eines SIP-Dienstes (Sicherheit, Intervention, Prävention) und eines Gesamtkonzepts für Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum (26.5253.0)

Der Nutzungsdruck im Basler öffentlichen Raum hat massiv zugenommen. Um den wachsenden Konflikten und der Drogenproblematik – insbesondere im Kleinbasel – wirksam zu begegnen, fordert eine Motion die Einführung eines professionellen SIP-Dienstes (Sicherheit, Intervention, Prävention) sowie ein kantonales Gesamtkonzept. Die von Mahir Kabakci eingereichte Motion wurde von Grossrätinnen und Grossräten aus nahezu allen Parteien mitunterzeichnet.

Unterstützt wird der Vorstoss von der IG Kleinbasel und dem Neutralen Quartiersverein Unterer Kleinbasel sowie weiteren Vereinen, welche sich dieser Medienmitteilung angeschlossen haben.

Seit dem Jahr 2000 ist die ständige Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt von 188'000 auf über 210'000 Menschen angewachsen. Diese Verdichtung und veränderte Lebensstile sowie andere Phänomene führen zu spürbaren Nutzungskonflikten. Seit Sommer 2023 beschäftigt die «Drogenproblematik» das Kleinbasel über alle Massen. Anwohnende und Gewerbetreibende haben sich organisiert, eine Petition lanciert und mehrere Hilferufe an die Departemente und Politik gesandt. Es ging nicht darum, nur Repression einzufordern, sondern Massnahmen gemäss der etablierten 4- Säulen-Politik und vor allem eine Zusammenarbeit zwischen den Departementen sowie eine gerechte Verteilung der Einrichtungen im Stadtgebiet zu erreichen. Trotz punktueller Massnahmen der Behörden und Institutionen bleiben die Quartierbevölkerung und das Gewerbe unzufrieden.

Ein Grund dafür ist, dass Anliegen im Zusammenhang mit den Nutzungskonflikten nicht immer klar einer zuständigen Stelle zugeordnet werden können. Für Betroffene und Anwohnende ist deshalb teilweise schwer nachvollziehbar, an wen sie sich beim Kanton mit ihren Anliegen wenden können. Auch am Drogenstammtisch wird diese Problematik seit Jahren als Problem benannt. Dabei zeigt

sich der Wunsch nach einer klareren Regelung der Zuständigkeiten und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen.

Mit der geplanten, gerechteren Verteilung von Suchteinrichtungen im Stadtgebiet werden sich die Brennpunkte verschieben, etwa in den Gebieten Wolf, Gundeli, Volta und St. Johann. Um hier proaktiv einzuwirken, braucht es eine professionell ausgestattete, mobile SIP-Einheit. Ein solcher Dienst vermittelt bei Konflikten niederschwellig, setzt die Spielregeln im öffentlichen Raum durch, bietet Information und Orientierung und triagiert bei Bedarf an die zuständigen Stellen. Damit wirkt er effizient und nachhaltig auf Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum ein und entlastet langfristig die Kantonspolizei, sodass diese sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.

Voraussetzung dafür ist ein verbindlicher, gesetzlich abgestützter Aufgabenkatalog. Erfolgreiche Beispiele aus anderen Schweizer Städten zeigen, dass ein solcher Ansatz funktioniert, die Polizei entlastet beziehungsweise ergänzt und Nutzungskonflikte erheblich reduziert.

Dass die Motion (Geschäftsnummer 26.5253.01) einem dringenden Bedürfnis entspricht, zeigt die starke Verankerung in der Bevölkerung. Wir fordern den Grossen Rat auf, den Regierungsrat zu bitten, unverzüglich die gesetzlichen Grundlagen für den SIP-Dienst zu schaffen und die Motion innert zwei Jahren umzusetzen, um die Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl in den Basler Quartieren nachhaltig zu sichern.

Mitunterzeichnende Vereine dieser Medienmitteilung:

- Neutraler Quartierverein Oberes Kleinbasel
- Wettstein 21
- pro Kasernenareal
- Quartierverein Matthäusplatz - unser Platz
- Verein Matthäusmarkt